

# Danziger Zeitung.

M 10626.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mai mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Letterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 £ durch die Post bezogen 5 £. — Inserate kosten für die Petitzelle oder deren Raum 20 £. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 29. Oct. Das Resultat der gestrigen  
15 Stichwahlen ist: Es wurden gewählt  
11 Reactionäre und 4 Republikaner. Die neue  
Kammer wird demnach 320 Republikaner und  
210 Reactionäre zählen.

Petersburg, 29. Oktober. Offiziell wird aus Gornii Dubnik gemeldet: Unser Verlust an Offizieren beträgt 84, davon 17 todt. Verwundet sind die Generalmajors Seddeler und Rosenbach. Erbentet wurden 2 Fahnen und 4 Kanonen. Es waren betheiligt von den Garderegimentern: das Pawlow'sche, das Moskau'sche, das Finnlandische, die Gardejäger, die Gardeschützen, die Gardegrenadiere, die Garde zu Pferde und die erste Artilleriebrigade.

Artilleriebrigade.  
Konstantinopel, 29. Oktober. Muhktar  
Paschameldet, daß er seine Vereinigung mit Ismael  
Pascha bei Koprivci am 27. Oktober Abends  
vollzogen habe.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung

Wien, 28. Oct. Der Hof-Capellmeister Ritter

v. Herbed ist heute Vormittag gestorben.  
Constantinopel, 28. Oct. Nach den letzten hier eingegangenen Nachrichten hat die Vereinigung Ismail Paschas mit Mukthar Pascha noch nicht stattgefunden. Der erstere war nach mehreren kleinen Scharmündern, namentlich bei Delibaba, in Kapriki angekommen. Mukthar Pascha steht bei Gutschur in der Umgebung von Béwin. — Das Bombardement von Kars dauert fort. — Es bestätigt sich, daß eine russische Truppenabtheilung Penek besetzt hat.

Newyork, 28. Oct. Hier eingegangene Nachrichten aus Mexico vom 8. d. melden gerüchtweise, daß Sonora sich von der Conföderation der übrigen Staaten getrennt hätte.

## Abgeordnetenhaus.

## 5. Sitzung vom 27. October.

Die Fach-Commissionen haben sich constituirt.  
Geschäftsordnungs-Commission: Vorsitzender Wachler  
(Breslau), Stellvertreter Häbler, Schriftührer Dörr  
und Baumgard; Petitions-Commission: Gneist, Wor-  
zewski, v. Goldfus, Bachem, Meyer (Breslau) und  
Beleites; die Agrar-Commission: Schellwitz, v. Schor-  
lemer, Alst, Scholz (Neisse), Dammann; Justiz-Com-  
mission: Löwenstein, Freund, Krause, Wittrock; Ge-  
meinde-Commission: Delius, Runge (Berlin), Gajewski,  
Unteroth; die Unterrichts-Commission: Techow, Baur,  
Rahls, Mahraun; die Budget-Commission: v. Benda,  
Birchow, v. Bedlik-Neukirch, v. Grote und Rößel;  
Rechnungs-Commission: Birchow, Hammacher, Villa-  
movitz Möllendorff, Görning; die Wahlyrissungs-Com-  
mission: Lauenstein, Runge (Berlin), Bachem, Schröder  
(Barmen).

Vom Abg. Meier (Breslau), ist eine Interpellation betreffend die Ausführung des § 17 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Concursordnung eingebrochen worden.

Das Haus setzt die gestern abgebrochene Debatte über das Schreiben des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums betreffend die Beurlaubung des Grafen zu Eulenburg fort.

Abg. Windthorst (Wepen): Diese Discussion wird zwar kein greifbares Resultat haben; man wird zur Tagesordnung übergehen und keinen der Anträge annehmen. Aber die Verhandlung wird dem Lande zeigen, daß die konstitutionellen Formen, in denen wir uns bewegen, zur Zeit ohne Inhalt sind, daß wir unter der Regierung eines souveränen Ministers leben, der diese Regierung absolut führt. Wenn von diesem Minister die Rede ist, dann ist es üblich geworden, einen großen Lobgesang über den andern anzustimmen; der Minister der Finanzen hat dies gestern mit Vollendung gethan. Hr. v. Mantenffel hat ver sucht ihm gleich zu kommen und Hr. Hönel ist nicht zurückgeblieben. Dagegen schreibt Professor Rössler in Rostod: eine außerordentliche staatsmännische Capacität sei Fürst Bismarck nicht; er habe seine Fähigung bisher mehr im Zerführen als im Aufbauen bewiesen. (Gelächter.) Das Einsädeln großer Kriegs- und Umsturzaktionen und periodischer Meleeken (Unruhe), wenn nichts weiter darauf folge, wenn sie zu keiner neuen Culturepoche hinführten, sei doch noch nicht genug für eine große Nation (Wiederholte Unterbrechung). Ich von meinem niederen Standpunkte will über die Richtigkeit des obigen Urtheils gar nicht entscheiden, aber solche Auseinandersetzungen können sehr wohler Anfang einer unabsehbaren Kritik sein. Denn noch geführt dem Fürsten nicht ein Platz neben den Hrn. vom Stein. Daß ein Wandel in der administrativen Reform eingetreten sei, haben Birchom und Häne gestern nachgewiesen und die Enthüllungen des Hrn. v. Sybel aus dem geheimen Archiv (Heiterkeit) über die Ausschauungen des Fürsten Bismarck, die mir wahrhöher waren, als alle Reden, die gehalten worden sind, haben das bestätigt. Daher ist der wirkliche Minister Stellvertreter ad interim nicht Hr. Friedenthal, sondern Hr. v. Sybel; er ist der Vater der Wandlung, und es wäre richtig, daß er diese seine Tochter auch durch's Leben führe. Ich beziehe mich ferner auf die Thronrede; ist es logisch, wenn da eine Novelle zu den alten Communalordnungen als der „voll. Abschluß“ des be goanenen Reformwerks behandelt wird? Ich habe von dem stellvertretenden Minister des Innern eine aufrichtige Verehrung, aber ich bedaure, daß er aus dem Rahmen des landwirthschaftlichen Rechts, in welch'm er so viel Vortreffliches geleistet hat, herausgetrieben und auf diesen schlüpfrigen Boden gelangt ist. Seine gestrichen Ausführungen waren ein Beitrag zu der Kunst, etwas zu sagen, um seine Gedanken zu verborgen. Erst durch Hrn. v. Sybel haben wir erfahren, was im Ministerium bevorsteht. Der Minister Friedenthal hat uns Versicherungen abgegeben in Bezug auf die „Grundzüge“ und den „Geist“ der Reformgesetze, ohne aber zu definiren welches diese Grundzüge und dieser Geist sind. Er hat ferner von den „Grenzen“ gesprochen, welche bei der Durchführung der Verwaltungsreform eingehalten werden müßten und nach Hrn. v. Sybel sind diese Grenzen darin zu finden, daß man Cautelen schaffen will, welche

die Interessen des Staates sichern. Erst, nachdem soche Cantelen gewährt worden, hat Hr. v. Sybel seinen Widerstand aufgegeben und hat öffentlich in seinem Ausschreiben an die Geschäftsführer des von ihm geführten Vereins huldreich zu erklären geruht daß nun die Annahme der neuen Organisation der Verwaltung stattfinden werde. Ich glaube, der Beweis, daß eine Wandlung stattgefunden hat, ist dem Abg. Hänel vollständig gelungen, und die Regierung hat ja auch natürlich das Recht, ihre Ansichten zu modifizieren und Wandel zu schaffen, wenn sie es für nöthig hält; ja ich kann nur wünschen, daß die Minister sich auch auf anderem Gebiete überzeugen möchten, daß sie gründlich auf dem Holzwege sind und dann meinetwegen auch auf dem Beurlaubungsweg wandeln. Aber dann mögen sie das offen und ehrlich erklären; eine solche Verschleierung, wie sie stattfindet, bringt die Regierung in Miscredit und auch die Volksvertretung, wenn sie sich mit diesem Schleier überziehen läßt. Der stellvertretende Minister des Innern sagt uns, daß er für alle seine Handlungen die Verantwortung übernehme; wie steht es aber mit den Unterlassungen, die im Falle einer Beurlaubung sehr wichtig sind? So dann, was heißt beurlaubt? Vielleicht à la Bismarck? Fürst Bismarck ist im Urlaube; trotzdem tragen alle wesentlichen Regierungsämte seinen Namen, und er hat sich in Kissingen und Gastein so gebrästigt, daß bei seinem flüchtigen Aufenthalte dahier eine Handbewegung genügt hat, das ganze Kartenspiel der Verwaltungorganisation umzuwerfen: eine erfreuliche Kräftigung seiner Gesundheit. (Heiterkeit.) Wird nun auch Graf Eulenburg bei einer flüchtigen Durchfahrt durch Berlin dem Minister Friedenthal das Concept corrigiren können? Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, halte ich den beurlaubten Minister allerdings für berechtigt, in jedem Augenblick zu Hrn. Friedenthal zu sagen: „Nee, Männer, dat geht nich!“ (Große Heiterkeit.) Auch die Stellung, die Befugnisse des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Hrn. Camphausen kennen wir nicht. Ferner befinden sich im preußischen Ministerium zwei fremde Köpfer: die Minister v. Bülow und Hofmann, die eine Art Minister in partibus zu sein scheinen. Nun erscheinen wieder die Beurlaubungen da scheint es doch an der Zeit, durch gesetzliche Bestimmungen über die Organisation des Ministeriums solche willkürliche Veränderungen auszuschließen und dabei zugleich die verfassungsmögliche Verantwortlichkeit des Minister endlich zur Wahrheit zu machen. Ihr Werth besteht hauptsächlich darin, daß das Ministerium, gestützt auf dieselbe eine Position einzunehmen kann, die es sonst nicht hat. Gegenwärtig sind in der That die Ressortminister zwar sehr ehrenwerte Männer, aber weiter nichts als die einfachen Commis des Fürsten Bismarck (Bewegung.) Ein sterblicher Mensch ist nicht im Stande, ein solches Staatswesen zu leiten, wie es Preußen und Deutschland ist; dazu gehört ein homogenes Ministercollegium. Wird dann eine Wandlung nöthig, so hätte dieses Ministerium das in corpore zu erklären und abzutreten. Es genügt nicht, daß man einen wegslicht in die Wüste (Heiterkeit). Hätte die nationalliberale, seit Jahren die führende Partei, bei der ihr innenwohnenden außerordentlichen Begabung eben soviel festen Charakter bewiesen, so würden wir eine auf festen homogenen Regierungscollegium gegenüberstehen. Aber nachdem diese Partei ihr Geschäft darin gefunden hat zu compromittieren, die Sachen und sich, so daß der Minister sich sagen muß: ich kann alles thun, ein Compromiss kommt doch zu Stande, — da darf man sich nicht wundern, wohin wir gerathen sind. Indessen an den Zuständen sind die sogenannten Conservatoren noch in höherem Maße schuld; in dieser Partei sollten Männer sitzen, die auf Grund ihrer unabhängigen Existenz den Muth haben, gegen die herrschenden destruktiven Tendenzen ein Veto einzulegen. Aber wir haben keine conservative Partei mehr. Als Grund dafür, daß nur eine Städteordnung Novelle vorgelegt werden soll, bezeichnete Minister Friedenthal die Dissonanzen, welche sich bei fröhlichen Gelegenheiten betreffs der Verwaltungsreform im Landtage geltend gemacht haben, indessen die Regierung will uns ja andere Vorlagen, wie das Gesetz über die höheren Verwaltungsdienst machen, bei dessen ersten Berathung es auch an Dissonanzen nicht fehlte. Die Schwierigkeiten sind auch wirklich nicht der Grund warum die vollständige Städteordnung nicht erscheinen soll, sondern es ist der Umstand, daß man das Wahlsystem nicht ändern wollte, daß man wegen der Stellung der Polizeibehörden, wegen der Bestätigung der Communabedenken begreift, mit einem Worte, daß die Sybel'schen Cantelen in dem Entwurf nicht zu finden waren. Dem Antrag des Abg. Birchow können wir uns im Ganzen nicht anschließen. Wir meinen, wenn man Uebelstände entdecke, müsse man wenigstens den Weg zeigen, ihnen abzuhelfen; außerdem haben wir andere Bedenken wegen der ersten Erwägung zu dieser Resolution, denn die Wandlung, von welcher da die Rede ist, bezieht sich nur auf die Verwaltungsreform, während unser Misstrauen gegen die Regierung weniger dieses Gebiet als das kirchen-politische betrifft. Unser Nein gegen den Antrag Birchow soll also durchaus kein Vertrauensvotum für das Ministerium sein. Ich kann nur sagen, die Minister für ihre Person sind gute, brave Leute, (Heiterkeit), aber, was sie thun, das gefällt mir nicht. Unser Antrag zeigt Ihnen den Weg, auf dem wir zu wünschenswerthen Zuständen gelangen können, wenn wir Männer werden wollen. Ich glaube allerdings nicht, daß wir im Falle seiner Annahme am Montag das Organisationsgesetz für das Ministerium haben würden — die Zeit dazu hätten wir wohl, wenn auch (zu dem Grafen Bethysh Suc) die Kartoffelernte noch nicht beendet ist. (Heiterkeit.) Aber, wenn eine solche Forderung auch nicht folglich durchgesetzt werden kann, so ist es doch gut, sie immer wieder zu erneuern, endlich wird das Ziel erreicht.

h it gebunden. Der Beweis hat die Rede des Abg. Hönel geliefert, der mich sehr wohl verstanden hat; ich habe ihm dies auch zugestanden, weil ich unbedingt Wahrheit in diesem Augenblick für die erste Pflicht halte. Der Vorredner meinte, ich hätte den Geist nicht bezeichnet, von dem die fernere Durchführung der Reformen getragen werden soll, und besonders nicht die einzelnen Gesetze genannt, die ihrem Wesen nach charakteristisch sein sollten. Ich habe ganz bestimmt die Kreisordnung vom Dezember 1872 genannt. Endlich hat der Vorredner bemerkt, daß, wenn die Staatsregierung der Meinung sei, Dissonanzen zwischen ihren eigenen Anschaunungen und denen des hohen Hauses nicht weiter zu cultiviren, sie auch das Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst nicht wieder hätte vorlegen dürfen. Man muß doch in der Wichtigkeit der Gesetze einen Unterschied machen; in dem genannten Gesetze handelt es sich mehr um technische, als um politische Fragen; nur ein einziger Steitpunkt war noch offen geblieben, in welchem die neue Vorlage eine Annäherung an die Wünsche des Hauses zeigt. Es wäre mir äußerst erwünscht, wenn ich nach wie vor mir den Beifall des Vorredners, den er in einer für mich sehr schmeichelhaften Weise ausgesprochen hat, sichern könnte, aber außer den eigenen Wünschen muß doch noch etwas anderes die Handlungen der Menschen leiten: die Pflicht; in diesem Gefühl der Pflicht habe ich die schwere Last übernommen, die ich gegenwärtig trage. (Beifall)

Minister Campphausen: Der Abg. Windthorst hat gesagt, der Fürst Bismarck spiele die Rolle eines sorgenden Ministers, der die Regierung absolut führe. Man braucht nur Mitglied eines der beiden Häuser, namentlich des Abgeordnetenhauses gewesen zu sein, um zu wissen, daß im preußischen Staate keine Ausgabe geleistet werden darf ohne Zustimmung der Landesvertretung. Fürst Bismarck sollte einmal versuchen, absolut die Regierung zu führen, er würde bald auf die größten Schwierigkeiten stoßen, und der Abg. Windthorst würde nicht der Letzte sein, der sie macht. Wenn er dann von den Ministern behauptet hat, sie seien brave Leute, — ich glaube nach dem trivialen Ausdrucke, mit dem man hinzuzutexten haben: aber schlechte Minister (Große Heiterkeit!) — wenn ferner in der liebenswürdigsten Weise versichert ist, daß diese Minister die Rolle von bloßen Commiss spielen, so möchte ich die Frage erwerfen, wie es denn eigentlich zusammenhängt, daß in den Blättern, die dem Vorredner sehr nahestehen, und in den schwarzöllerischen Zeitungen so großer Werth darauf gelegt wird, einmal den Commiss Minister Tafk zu entfernen, das andere Mal den anderen Commiss, das bin ich (Heiterkeit). Ich glaube nicht, daß die Würde des Hauses, die Würde der von dem Könige bestellten Regierung gewinnen kann durch Betrachtungen, wie sie ein ehemaliger Minister (Hört! hört!) hier angestellt hat. (Sehr witzig!) Wenn dann von der Monarchie im Staatsministerium die Rede ist, so wird es mir gestattet sein, meine Aeußerung vom 22 November 1873, die ich bei Gelegenheit meiner Erneuerung zu einem Vicepräsidenten des Staatsministeriums gehabt habe, und die noch heute ebenso zutrifft, wie damals, zu wiederholen. Ich habe damals gesagt: „dass in Bezug auf die Verantwortlichkeit der einzelnen Minister im preußischen Staate absolut nichts geändert ist, daß die Verantwortlichkeit eines jeden Ressortchens für sein Ressort nach wie vor forbleibt, daß die Beschlüsse, die seitens des Staatsministeriums zu fassen sind, die ihm verfassungsmäßig oder durch Gesetz überwiesen sind, nach Majorität der Stimmen gefaßt werden, daß bei dieser Stimmabgabe weder der Minister-Präsident, noch der Minister-Vicepräsident irgend wie Anspruch machen, daß ihre Stimme ein höherer Werth beigelegt werde. Im Gegenteil, wir sind uns der Verantwortlichkeit, die jeder von uns für die Gesamtpolitik hat, heute mehr und stärker oder doch eben so sehr und eben so stark bewußt als zuvor.“ Es beruht auf dem einstimmigen Wunsche aller Minister, daß Fürst Bismarck das Präsidium wieder übernommen hat, und daß ich es übernehme, ihm die Last dieser Geschäftsführung bis auf einen gewissen Grad zu erleichtern. Einstellen für die politischen Seiten der Handlungen werden wir nach wie vor alle zusammen und wenn der Fall eintritt, daß es im Interesse des Landes liegen kann, uns mobil zu machen, so werden Sie sehen, wie rasch ich darauf eingehen werde.“ Diese Erklärung will ich heute wiederholt haben.

Abg. Lasker: Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß von Seiten der Staatsregierung ein Minister beurlaubt und ein Stellvertreter für ihn geschaffen werden kann, und es ist lediglich Sache dieser Person, welche ihn vertritt, ob sie nur die begonnene Geschäfte weiter führen oder auch neue Geschäfte in Angriff nehmen will. Insbesondere finde ich nicht dabei zu bedenken, wenn ein Minister sich getraut, in Abwesenheit eines andern dessen Geschäfte weiterzuführen. Dennoch ist es kein bloßes Tagesereignis, wenn Graf Eulenburg plötzlich einen Urlaub erhält, der nach der allgemeinen Ansicht den Rücktritt bedeutet, sondern es liegt ein wesentliches Ereignis vor, und was die Frage der Stellvertretung betrifft, sage ich auch zu, daß durch die Wiederholung eines solchen Falles ein Stellvertretungssystem geschaffen würde, welches wohl im Stande ist, die Auflenkung des Hauses auf sich zu ziehen. Wie gestern mit Red hervorgehoben wurde, waren es zunächst die Zeitungen, welche von einer Wandlung, von einem Stillstand der in den Selbstverwaltungsgesetzen eingetretenen sprachen. Ich selbst habe niemals an die Möglichkeit gedacht, daß ein solcher Stillstand stattfinden könnte, denn meiner Ansicht nach giebt es nur eine Möglichkeit entweder Fortschritt und Ausdauer in der Reorganisation oder Reaction, und ich halte aus der Schaffenhüt des Landes die Rückkehr zu den früheren Zuständen für eine Unmöglichkeit. Bedenklich wurde mir die Angelegenheit erst, als ich die Thronrede las. Ich traute meinen Augen kaum, als ich in derselben die Stelle bemerkte, daß mit der Novelle zur Städteordnung die Organisation in den fünf östlichen Provinzen „abgeschlossen“ sein sollte. Ich mußte also am Tage nach der Thronrede, trotz meiner Annahme, es sei ein solches Verfahren unmöglich, der Meinung sein, daß es sich um eine Siftung der Vorschritte in der Reorganisation handle. Da war es dann an der Zeit, sich klar zu werden über seine Stellung in einer solchen Politik. Gestatten Sie mir, als Ergebnis der Verabredung mit meinen politischen Freunden, unserer Stellung zu den Organisationsgesetzen zu fixiren. Gestern ist der Minister Friedenthal hier der Vater der Kreisordnung genannt worden, wohl mehr aus freiem

lichem Sinn als der historischen Wahrheit gemäß. Lange bevor noch Dr. Friedenthal Mitglied dieses Hauses war, haben schon die Verhandlungen begonnen, welche die Grundlage der Kreisordnung geworden sind, und damals haben meine politischen Freunde, die an diesen Vorbereitungen teilgenommen haben und dazu ausdrücklich berufen waren, den Gang dieser Verhandlungen vorgezeichnet, und zu meiner großen Freude kann ich sagen, daß unser Standpunkt heute genau derselbe ist, wie vor zehn Jahren. Wir halten fest an unserem ursprünglichen Gedanken, daß wir das Werk der Neorganisation unter der ausdrücklichen Voraussetzung begonnen haben, daß mit der Kreisordnung für die fünf östlichen Provinzen als dem dringendsten Bedürfnisse zu beginnen sei, daß sich aber die Neorganisation auch erstrecken müsse auf die anderen Provinzen, auf die Stadt- und Landgemeinden und auf die Beamtenorganisation und daß sie stetig und planmäßig fortgeführt werden müsse. Diese Ansprüche stellen wir auch jetzt noch an die Regierung. — Der Graf Eulenburg ist zur Zeit noch Mitglied der Regierung. Ich möchte voranführen, daß ich die Verdienste dieses Mannes, die Offenheit, mit der er sich stets ausgesprochen, die Unterstützung, die er der deutsch-nationalen Bestrebung des Fürsten Bismarck angehieben ließ und die an ihm gewohnte Energie, mit welcher er zur Kreisordnung gestanden und für deren Vollendung gestrebt hat, vollkommen anerkenne. Um so offener muß ich es aussprechen, daß der Graf Eulenburg nicht diejenige Energie besaß, welche nothwendig war, wenn die Organisationsgesetze zu einem glücklichen Ende durchgeführt sollen. Gerade der lange unsfertige Zustand dieser Gesetze hat die Unzufriedenheit im Lande in so hohem Grade erregt, wie der Abg. Hänel gestern aus einandergekehrt hat. War nicht im Ganzen ein matter, schlepender Gang, so daß selbst diejenigen, welche das Werk mit zu vollbringen hatten, an die Sache nicht ganz zu glauben schienen? Und ist nicht sogar der Versuch gemacht worden, mit Organen, die ganz und gar der alten Richtung angehörten, die neue in's Leben zu setzen? (Sehr richtig!) Wir sollten es bedauern, wenn der Graf Eulenburg etwa aus dem Ministerium tritt? Nicht entfernt, ich finde darin die allergrößte Förderung, welche uns in unserer Lage zu Theil werden kann. In den Erklärungen seines Nachfolgers bin ich weit entfernt Unklarheiten zu finden. Er sieht Namens des Staatsministeriums sich dafür ein, daß die Verwaltungsmärschregeln nach obenhin zu Ende geführt werden, und daß diese gesamme Organisation, wie sie in den fünf östlichen Provinzen eingeführt ist, auch in den übrigen Provinzen eingeführt werde. Und nun stellt er das Eine auf: Ausgeschlossen hier von aber sei nach unten hin die kommunale, d. h. die Stadt- und Landgemeindeordnung; er erkenne zwar das Revisionsbedürfnis an; aber diese Revision gehöre nicht in das System der Neorganisation, sondern solle später stattfinden. Wir aber halten die Communalordnung für einen der wesentlichsten Theile der Neorganisation, und wir fordern sie als einen solchen und wir legen auf die Landgemeindeordnung noch mehr Gewicht, als auf die Städteordnung. (Sehr richtig, links.) Jeder der die fünf östlichen Provinzen kennt, weiß, daß es gar nicht möglich ist, zu einem definitiven Zustand zu gelangen, ehe die Landgemeindeordnung geregelt ist. Sie gehört zu den alle dringendsten Bedürfnissen und ist unerlässlich innerhalb der Neorganisation. Nun hat der Minister mit Recht gesagt, daß er die Etappen, in welchen die Neorganisation weiter marschiren soll, nicht verzeichnen wolle, und zwar deshalb, weil er glaube, daß der Gesetzgeber gleich bei der ersten Etappe den ganzen Plan übersehen müßt, nach dem das Werk vorgenommen werden soll. Das ist das Richtige und gerade der entgegengesetzte Fehler des Grafen Eulenburg ist es, daß wir jetzt, nachdem die Kreisordnung vor fünf Jahren angenommen worden, noch nicht weiter gekommen sind. Als eine Landgemeindeordnung dringend von ihm gefordert wurde, antwortete er: eine Städteordnung will ich bringen. Es fehlt eben an einem Plan. Nun will die Regierung einen solchen vollen Plan fassen. Dazu allerdings g. be ich ihr meine volle Zustimmung; nur halte ich natürlich die Forderung aufrecht, daß der gesamme Inhalt der Organisation, wie wir ihn verstehen, in diesen Plan eingeschlossen sei. Wenn nun jetzt die Frage auf der einen Seite gestellt wird, ob wir einem Antrage beitreten sollen, der nach der Begründung des einen der Antragsteller ein förmliches Misstrauensvotum bedeutet, um so das Ministerium von seiner Sielle zu bringen, oder ob wir auf der anderen Seite ein Votum abgeben sollen, welches, wie der landwirtschaftliche Minister gefordert hat, die Sache kläre, und wie es scheint, ein Vertrauensvotum für das Staatsministerium ist, so sage ich zu meinem größten Bedauern, daß ich weder den einen Weg noch den anderen zu geben im Stande bin. Was geschieht, wenn das Misstrauensvotum angenommen wird und die Minister jetzt abgingen? Das Land muß weiter regiert werden und es muß eine Combination gefunden werden, welche etwas Betteres bietet, als die gegenwärtige, oder völlige Zufriedenheit herbeiführt. Aber ich bin überzeugt, kaum werden die Combinationen heute erfüllt, so würde schon am nächsten Tage eine Majorität hier im Hause sein, gegen diejenigen, welche beantragt würden, die Portefeuilles zu übernehmen. Aber beinahe komisch würde es sein, wenn ich ein solches Misstrauensvotum mit der Beurlaubung des Grafen Eulenburg in Zusammenhang bringen sollte; auch giebt die hierüber abgegebene Erklärung der Minister mir keinen Aulaz zu einem Misstrauensvotum. Aus dem vereinzelten Vorgehen in der Verwaltungsreform kann ich kein Misstrauen und keine Besorgnisse folgern; der Wille ist vorhanden, auf Grund der Kreisordnung weiter fortzufahren und das halte ich schon für einen sehr großen Fortschritt. Eine andere Befürchtung möchte ich noch vertheidigen, es ist die, als ob Graf Eulenburg, wenn er in sein Amt wiedereintrate, den Minister Friedenthal einfach bei Seite schließen würde. Nur so weit ich den Grafen Eulenburg kenne, würde er, wenn er zurückkehrte, durchaus nicht ungehalten sein, sondern sich über die geschätzte Arbeit herzlich freuen. (Heiterkeit.) Der Abg. Windfuhr hat Ihnen einen Vorschlag gemacht, der sich darauf erstreckt soll, eine völlige Wandlung in der gesammten Organisation des Ministeriums herbeizuführen. Vom Standpunkte der Verwaltung aus bedürfen wir in der That einer diesbezüglichen Regelung; aber im politischen Sinne besteht der Hauptgrundatz und das Hauptwesen darin, daß wir kräftige und bedeutende Männer im Ministerium haben

Doch, was in aller Welt hat das Verantwortlichkeitsgebot, das sich um die Anlage der Minister handelt, mit der politischen Wirksamkeit des Ministeriums zu thun? Vermissen Sie bei der jetzigen Lage der Dinge die Handhabe, daß ein Minister wegen Hochverrats oder Unterstüzung oder wegen Verfassungsverlegerung sollte angeklagt werden? Es ist nicht die Reorganisation, sondern es sind andere wichtige Gebiete des Staats- und Reichslebens, welche in mir die Befürchtung wachrufen, daß wir keinem festen erkennbaren Zuge der Staatsregierung gegenüberstehen. (Hört! Hört!) Genau, ich verkenne nicht die Schäden, welche vorhanden sind; es ist nicht meine Sache zu beschönigen und zu überläufen. In dem Augenblide, wo wir in ganz Deutschland bewegt werden von Fragen, wie die sozial- und wirtschaftlichen und anderen, da kann ich nicht in Abrede stellen, daß uns ein bestimmter, erkennbarer Zug der Regierungspolitik fehlt. Ich bin der Überzeugung, daß jede zukünftige Regierung sich entschließen müßt, eine klare und einheitliche Politik einzuschlagen. Wir erkennen an, daß wir seit zehn Jahren die schwere Arbeit übernommen haben, einer schwierigen nicht geraden Wege gehenden Regierung Schritt für Schritt zu folgen, um so viel wie möglich für das Volk zu gewinnen. Aber es ist die Zeit gekommen, wo eine solche Politik von Fall zu Fall im Interesse des Landes aufgegeben werden muß. (Sehr wahr!) In dieser Beziehung halte ich die allgemeine Diskussion, welche sich an die jetzige Stellvertretungsfrage geknüpft hat, für sehr wichtig. Wir sind aus unserer Laune aufgerüttelt worden, die Regierung und wir. Wenn ich sehe, wie aus allen Theilen des Hauses ein Redner nach dem Andern, in Namen seiner Freunde, und ebenso die Minister im Namen der Regierung die Devotion machen vor der Umgestaltung, die wir im preußischen Staate auf Grund der Kreisordnung vorgenommen haben, so begrüße ich jenen Umstand, der zu dieser Wandlung Anlaß gegeben hat, als ein Ereignis, welches vielleicht noch Schaden bringen kann, wenn es nicht richtig angemessen wird, welches aber für den Augenblick den anscheinend angegriffenen Selbstverwaltungsgesetzen einen erheblichen Dienst leistet. (Beifall) (Schluß in der Beilage.)

### Zapzig, 29. Oktober.

Die Verhandlungen über die Beurlaubung des Grafen Culenburg haben zu zweitägigen hochpolitischen Debatten geführt. Wenn diese mit einem rein negativen Ergebnis abschlossen, so ist dies sicher eine unerfreuliche Erscheinung. Die Situation hat jedoch durch die zweitägigen Verhandlungen erheblich an Klarheit gewonnen, und dies ist unter allen Umständen ein positiver Gewinn. Allbekannte Vorgänge in den letzten Wochen vor der Gründung der Landtagssession mußten in Betreff der Fortführung der Verwaltungsreform ernsthafte Besorgnisse erregen. Ein höchst unglücklich gefächerter Passus der Thronrede konnte die Zweifel nicht beseitigen, und auch die Beschwichtigungsversuche, an welchen die offiziöse Presse es nicht fehlten ließ, waren ohne durchschlagende Wirkung. Nur eine unumwundene Erklärung der Regierung konnte den vollen Aufschluß darüber geben, ob in der inneren Politik eine Wandlung stattgefunden habe bzw. beabsichtigt sei oder nicht. Diese Erklärung liegt nunmehr vor. Die Verwaltungsreform wird nicht sistiert, sie wird in dem Geiste, in welchem sie begonnen worden, zum Abschluß gebracht werden — das ist der unzweideutige Inhalt der Versicherungen, welche sowohl der Vicepräsident des Staatsministeriums, wie der stellvertretende Minister des Innern gegeben haben. In dieser Beziehung ist also eine Wandlung nicht zu constatiren. Es kommt nur darauf an, den Umfang des Reformplanes, der zur Ausführung gelangen soll, genau festzustellen. Kreis- und Provinzialordnung sind geschaffen. Zum Abschluß des ganzen Reformwerks fehlt noch oben ein Gesetz über die Behördenorganisation, nach unten eine Reform der Städteordnung und eine Landgemeindeordnung. Außerdem handelt es sich um die Übertragung der gesamten Verwaltungsreform, selbstverständlich unter Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse der einzelnen Provinzen, auf die ganze Monarchie. Das Letztere und das Behördenorganisationsgesetz erklärt auch die Regierung zu wollen. Dagegen betrachtet sie die Reform der Städteordnung und den Erlaß einer Landgemeindeordnung nicht als integrirende Bestandtheile des Reformplanes. Sie leugnet nicht das Bedürfnis derselben; aber sie erkennt sie nicht als unerlässliche Bedingung für den Abschluß des gegenwärtig in der Ausführung begriffenen Reformwerks. Damit ist die Differenz zwischen dem gegenwärtigen Standpunkte der Regierung und den Forderungen der Mehrheit der Volksvertretung, ja selbst früheren Erklärungen des Ministers des Innern klar bezeichnet. Welche Stellung war dieser Sachlage gegenüber zu nehmen? Sollte man an die Regierung in der Form eines Misstrauensvotums die Aufforderung zum Rücktritt richten, um andern Männern Platz zu machen? Die Personen der Minister sind dieselben wie seit Jahren, nur Graf Culenburg ist, voraussichtlich auf immer, aus ihrem Kreise zurückgetreten und einstweilen durch einen Mann ersetzt, der für die Fortführung der Verwaltungsreform zum mindesten nicht schlechte Garantien bietet, als er. Welcher Unbefangene würde es verstehen, wenn man diese Männer, welche die Kreis- und die Provinzialordnung solidarisch durchgesetzt haben, welche sich solidarisch für die Abschließung des Reformwerks in dem bisherigen Geiste verpflichten, mit der ganzen Schärfe eines parlamentarischen Votums der Vertrauenswürdigkeit für baar erklären? Andererseits freilich lag ebenso wenig ein Grund vor, durch ein feierliches Vertrauensvotum volle Zufriedenheit mit dem von dem Regierungsräte aus dargelegten Standpunkten zu befunden. Vielmehr konnte die Aufgabe nur sein, die eigenen Forderungen genau zu formulieren und sie der Regierung zur Bedingung weiteren Zusammenganges zu machen. Dies hat vorgekämpft der Abg. Lasker gethan. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die national-liberale Partei auf eine Landgemeindeordnung und eine Reform der Städteordnung im Zusammenshange mit der gegenwärtigen Verwaltungsreform nicht zu verzichten gewillt ist, und er hat von einer Verständigung hierüber die fernere Unterstützung der Regierung durch die Nationalliberalen abhängig gemacht. Die Rede des Abg. Richter bewies sonnenklar, daß der Sturmlauf der Fortschrittspartei mehr gegen die „befreundeten“ Nationalliberalen als gegen die Regierung gerichtet war. Eine Erwiderung auf die Anvectiven des Sprechers der

Fortschrittspartei wurde von nationalliberaler Seite nicht für nötig erachtet. Von jener Seite ist bereits eine neue Auflage der Schmähungs- und Verleumdungscampagne gegen die Nationalliberalen aus der Zeit der Reichstagswahlen in Aussicht gestellt. Es ist ja möglich, daß hierdurch den Nationalliberalen in gewissen, der Agitation zugänglichen Schichten einiger Abruch geschieht; sicher wird aber dadurch der Fortschrittspartei noch mehr Schaden zugefügt werden, und diese hat nicht mehr so viel zu verlieren! Parteien wie Staaten suchen zuweilen die innere Verbröckelung durch Angriffe nach außen zu überwinden. Das mag für den Nachbar unbedeckt sein, es schlägt aber gewöhnlich zum Verderben für den mutwilligen Angreifer aus. Durch Stellung eines Misstrauensvotums, ohne sich mit irgend einer anderen Fraktion vorher darüber zu berathen, hat die Partei ihren übrig gebliebenen Einfluß auf's Spiel gelegt und — wie ein Berliner Blatt sagt — sich ihr „Plewna“ geholt. Wenn der angekündigte Angriff gegen die größere nachbarliche Partei durchaus fortgesetzt werden soll, so werden die freisinnigen Männer des Landes darüber zu entscheiden haben, auf welcher Seite die liberalen Interessen besser gewahrt, von welcher Seite her sie geschädigt sind.

Der Berliner Correspondent der Wochenschrift „Im neuen Reich“ arbeitet wieder in Kanzlerkrise. Er schreibt: „Man wird sich erinnern, daß der Ausgleich dieser Krise im Frühjahr nicht bewirkt ward, sondern daß derselbe auf spätere Zeiten vertagt wurde. Der Reichskanzler verlangte damals seine Entlassung, weil er die Überzeugung gewonnen hatte, daß bei den dermalen in Preußen und im Reiche herrschenden Verhältnissen eine weitere Fortbildung der Institutionen des Reiches und eine Anbahnung und Durchführung der für das Gedeihen des Reiches nothwendigen gesetzgeberischen Reformen sich nicht werde erreichen lassen. Der Reichskanzler konnte damals eine Änderung in diesen Verhältnissen nicht herbeiführen. Gleichwohl erklärte er sich aus Gründen des Patriotismus bereit, im Amt zu bleiben, natürlich aber mit dem Vorbehalt, daß in Zukunft diese Aenderungen herbeigeführt würden, welche die Verbesserung für sein erfolgreiches politisches Wirken bilden. Der Zeitpunkt für diese Reorganisation oder vielleicht besser für diese Neuschöpfungen muß früher oder später eintreten. Man wird vielleicht nicht fehlgreifen, wenn man ihn an den Beginn der nächsten Reichstags-Session knüpft. Man weiß im Allgemeinen, daß diese Forderungen zweifacher Natur sind. Erstens betreffen sie eine anderweitige Organisation mancher Reichsbehörden, und sodann bezwecken sie die Durchführung verschiedener hochwichtiger wirtschaftlicher Reformen. In Betreff der künftigen Gestaltung der Verwaltung der Reichsfinanzen ist es bekannt, daß der Reichskanzler diese Verwaltung in engster Verbindung mit dem preußischen Finanz-Ministerium, womöglich beide Aemter in derselben Hand zu sehen wünscht.“

Wenn der betreffende Correspondent wirklich mit den Intentionen des Reichskanzlers vertraut wäre, so hätte dieser die Verhandlungen wegen des deutsch-österreichischen Handelsvertrages nicht mit der ernstlichen Absicht geführt, einen Vertrag zu Stande zu bringen, sondern sie, wie die offiziösen Wiener Blätter jetzt behaupten, absichtlich scheitern lassen. Denn in der Correspontenz wird zunächst auf das Scheitern dieser Verhandlungen als auf einen die Absichten des Reichskanzlers befördernden Umstand spekulirt. Vom Scheitern verspricht sich der Briefschreiber die Aera der Retorsionszölle, des Schutzes aller möglichen Industrien und Fabrikationen und anderer schöner Dinge. Wir können die Pläne des Fürsten Bismarck nicht beurtheilen, weil dieselben bisher nur in einzelnen Aphorismen vorliegen. Wenn aber der Berichterstatter jenes Journals mehr davon müßte als wir, dann beständen die Pläne zum guten Theile darin, die Industriegebiete des Westens und Südens noch mehr zu begünstigen, als sie es bereits jetzt waren. Die Consumenten und namentlich die nordöstlichen Küstengebiete müßten die Rechte bezahlen. Um den Widerstand derselben zu lähmten, suchen die Wortführer der Schutzpolitisches jetzt die Landwirthe des Nordostens zu gewinnen, indem sie denselben aufs Neue Kornzölle vorschließen! Man wird sein Urtheil über diese, von den Interessenten absichtlich falsch an die Deffentlichkeit gebrachten Dinge aussparen müssen, bis die großen Reformpläne, von denen man so viel spricht, in weniger nebelhafter Form als jetzt vorliegen.

In Frankreich scheint man sich jetzt doch in Regierungskreisen von der Nothwendigkeit überzeugt zu haben, daß das gegenwärtige Cabinet nicht mit der neuen Kammer regieren können. Zu einem festen Beschuß scheint man noch nicht gelangt zu sein, die vom Elysée ausgehenden Stimmen lassen jedoch versöhnliche Laute hören. Nach einem Telegramm der „R. Z.“ erzählt man in Paris, der Senats-Präsident Herzog d'Albiffret-Pasquier habe die Zustimmung des Senats und besonders die der orléanistischen Senatoren zum Programm des Widerstandes für zweifelhaft erklärt; in Folge dessen habe Broglie vorgeschlagen, daß vom Senate ein Vertrauensvotum jogleich nach Gründung der Session verlangt werde, und daß, wenn dieses Vertrauensvotum nicht ertheilt würde, das Cabinet sich zurückziehen solle und der Marschall dann freie Hand habe, ein Cabinet aus der Linken zu nehmen. Der „Soir“ giebt zu verstehen, daß, wenn die Republikaner den Marschall auf's Neuerste trieben und er seine Entlassung nähme, es geschehen könnte, daß während des Interregnum, in welchem nach Art. 7 der Verfassung die Executive von den Ministern auszuüben wäre, ein Aufstand hervorgerufen würde und die Armee, welche ihren verehrten Führer verloren, nicht mit der nämlichen Entschlossenheit gegen die Aufständischen vorgehe. „Was würde geschehen?“ fragt „Soir“, „würde sich dann ein Theil der Armee durch einige gewissenlose Führer der Staatsstreitspartei hinreißen lassen, die Republik zu Gunsten einer Diktatur zu vernichten? Was hätte die Linke gewonnen, wenn sie, um Grévy die Gewalt zu verschaffen, die Lage des Marschall unmöglich mache?“ Die Führer der Linken, Grévy voran, würden nach Mazas gebracht werden.“

Verschiedene Nachrichten, so u. A. die offiziöse Wiener „Abendpost“, bestätigen, daß die Pforte

die guten Dienste Englands wegen Unabhängung des Friedens in Anspruch genommen habe. Russland kann natürlich heute auf die Friedesanträge auch nicht bei den günstigsten Bedingungen eingehen, weil es sonst mindestens für ein halbes Menschenalter zu einer Macht zweiten Ranges herabstürzen würde.

Wie der Wiener „Pol. Corr.“ aus Bukarest mitgetheilt wird, sollen Fürst Gortschakoff und Staatsrat Baron Domini sehr eifrig damit beschäftigt sein, eine Verfassung für das russische Reich auszuarbeiten. Diese Verfassung sollte nicht „nach der gewöhnlichen Schablone der heutigen Europa modernen constitutionellen Formen“ beschaffen sein, sondern „den factischen sozialen und politischen Zuständen, wie diese sich in Russland entwickelt haben, angepaßt werden, daher auch den historischen Rechten und Vorrechten voll auf die denselben gebührende Stellung einräumen.“ Das aristokratische Element werde die Basis des Werkes bilden . . . Russland würde hier nach sein Staatswesen auf seinen morschesten Pfeiler gründen. Denn der größte Theil der russischen Aristokratie ist bis in's Mark verfault, während der gewöhnliche Musik für die spätere Zukunft ein gesundes Glied des Staates zu liefern verspricht. Der Musik hat noch in diesem Kriege seine volle Schuldigkeit gethan, die großen Niederlagen hat Russland den Vertretern seiner Aristokratie zu verdanken.

### Deutschland.

△ Berlin, 28. Oct. Das in der Thronrede angekündigte Gesetz einer Feld- und Forst-Polizei-Ordnung ist nunmehr dem Herrenhause zugegangen. Es umfaßt in sechs Titeln 94 Paragraphen. Der 1. Titel enthält die allgemeinen Bestimmungen, der 2. die Strafbestimmungen, der 3. das Strafverfahren unter Zuständigkeit von Schöffengerichten und Strafvollstreckung durch den Amtsrichter, der 4. Titel handelt von den Feld- und Forsthütern, der 5. von Schadenersatz und Pfändung und der 6. betrifft die Übergangs- und Schlußbestimmungen. Das Gesetz soll gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft treten. Mit diesem Zeitpunkte treten alle dem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen außer Geltung, nur bleiben in Kraft: 1. die auf die Verwaltung und Bewirthschaftung der Waldungen bezügl. Gesetze und Verordnungen; 2. alle das Rechtsverhältniß der Nutzungsberechtigten zu den Waldeigentümern betreffenden Forstpolizei-Gesetze, abgesehen von den darin enthaltenen Strafbestimmungen und Verordnungen über das Strafverfahren. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt und erläßt die erforderlichen Anordnungen und Instructionen. Dem Entwurf sind sehr umfassende Motive beigegeben, in denen nachgewiesen wird, zu wie vielen Unzulängkeiten der bisherige Mangel eines einheitlichen Charakters der preußischen Gesetzgebung zum Schutze der Felder und Forsten geführt habe, während andererseits die große Umgestaltung der land- und forstwirtschaftlichen Zustände durch die Landeskultur-Gesetzgebung und die neuen Gesetze über Strafrecht, Strafverfahren, die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden, sowie über das Verwaltungs-Streitverfahren den Erlaß eines solchen Gesetzes unabwesbar nothwendig gemacht hätten.

\* Die Kaiserin wird am Montag, den 29. d. M., Baben verlassen, um, wie alljährlich, einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in Coblenz zu nehmen. \* Der Minister des Innern, Graf zu Culenburg, gedenkt in den ersten Tagen des November Berlin zu verlassen. — (Marine) v. Zastrow, Sec. Lt. vom See-Bat., als Adjut. zum Commando der Marine-Station der Ostsee, Kaul, Sec. Lt. vom See-Bat., als Adjut. zum Commando der Marine-Station der Nordsee commandirt. Frhr. v. d. Goltz, Unter-Lieut. zur See, mit Pension, Wichaards, Auxiliär-Offiz. vom Res. Landw. Bat. Nr. 34, der Abschied bewilligt.

\* Am vergangenen Sonntag kündigte Consistorialrath Souchon in der Dreifaltigkeitskirche nach der Hauptpredigt der Gemeinde an, daß das Kirchenregiment dem Prediger Bank von der Philippus-Apostelkirche zum Nachfolger des verstorbenen Superintendenents Kober bestimmt habe und daß dieser am nächsten Sonntag, 4. November, seine Gastpredigt halten werde. Etwaige Proteste gegen die Person des Predigers Bank seien sofort nach der Gastpredigt in der Säftrite anzumelden. Die anwesenden Mitglieder der Gemeindeorgane verließen in höchster Aufregung die Kirche, weil ihnen von diesem Schritte der Behörde vorher auch nicht die geringste Mitteilung zugegangen war. Nach ihrer Ansicht steht in dem vorliegenden Falle der Gemeinde das Wahlrecht zu. Gegen das überraschende Vorgehen der Behörde werden daher ohne Zweifel alle zulässigen Mittel ergriffen werden. Neuerthalts wird das Consistorium mit gleichem Maße messen müssen, wenn die Majorität der Gemeindemitglieder dasselbe Einspruchsrecht auf Grund des § 8 des Allerhöchsten Erlasses vom 2. Dezember 1874 geltend macht, das gegenüber der Wahl Hochbachs an der Jakobinergemeinde für ausßlagend erachtet wurde. Da es sich in diesem Falle um eine vom Patron vollzogene Wahl handeln würde, käme das Einspruchsrecht der Gemeinde in seiner ursprünglichen landrechtlichen Bedeutung in Frage. Vorher ist indeß wohl darüber eine Entscheidung herbeizuführen, ob in diesem Falle dem Patro oder der Gemeinde die Wahl zusteht.

Stuttgart, 27. October. Die Königin hat sich heute nach San Remo begeben, um dort einen Kuraufenthalt zu nehmen, der König lebt heute Abend von Friedrichshafen hierher zurück. (W. T.)

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Oct. Heute fand die gerichtliche Verhandlung gegen die wegen Spionage im Wiener Arsenal (nach dem Geheimniß der Fabrikation der Uchatius-Kanone) unter Anklage gestellten drei Personen statt. Der Angeklagte Nachtmeyer wurde zu 4, der Angeklagte Beller zu 2 Jahren schwerer Kerkerstrafe verurtheilt. Der Angeklagte Götz wurde von der Anschuldigung des Spionage freigesprochen und nur wegen Gebrauchs eines falschen Namens und Bruchs der Ausweisung zu 3 Monaten strengen Arrestes verurtheilt. (W. T.)

Pest, 27. October. Von dem Abgeordneten Simony wurde in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wegen des ungehinderten

Transportes von scharfen Patronen, der vor längerer Zeit auf der Hünfthirchner Bahn stattgehabt haben soll, eine Interpellation angemeldet. (W. T.)

### Frankreich.

Paris, 26. October. Gambetta hob bei der Riede, die er in Chateau-Chinon, im Nidvre-Departement, zu Gunsten des zur Stichwahl stehenden Republikaners Guérin hielt, besonders den Umstand hervor, daß ohne den alles Maß überschreitenden Druck der Regierung nicht bloss 330, sondern fast lauter Republikaner gewählt sein würden. Ferner erklärte er die heftigsten Angriffe gegen die Bonapartisten und sprach insbesondere sein Bedauern darüber aus, daß die Vertreter der alten monarchistischen Parteien — Männer von Rechtlichkeit und Ehre, die einst selbst gegen den Cäcilismus gekämpft hätten — aus Leidenschaft oder Groll sich mit Leuten des Kaiserreichs vereinigen könnten. Er hoffte indeß, daß dieselben immer mehr erkennen würden, daß die Republik ein gemeinschaftliches Terrain biete. Am Schlusse von Gambettas Riede heißt es: Die Majorität fehlt nach Versailles mit dem Gefühl der ihr gewordenen Insulte zurück, die aber das Land hinreichend reparirt hat. Ich habe Euch hier nicht ihre Entschlüsse mitzuteilen, aber habt Vertrauen, sie wird es verstehen, ohne die Gesellschaft zu verlassen und vielmehr alle Welt energisch zur Geselligkeit zwingend, die einzige Autorität, vor der sich in diesem Lande Hoch und Niedrig beugen muß, die Autorität Frankreichs zur vollen Geltung zu bringen. Die Riede wird von den legitimistischen Organen auf das heftigste angegriffen. — General Grant wird mehrere Wochen in Frankreich bleiben und sich darauf nach Spanien begeben; eine amerikanische Fregatte wird ihn alsdann in Lissabon erwarten und ihn nach dem Mittelmeer führen. — Die Gerüchte, die für das Jahr 1878 in Aussicht genommene Ausstellung solle verschoben werden, da die Arbeiten angeblich noch im Rückstande seien, werden von der „Agence Havas“ für unbegründet erklärt. Es wird hinzugefügt, die Arbeiten für die Ausstellung seien so weit vorgeschritten, daß die Aussteller bereits jetzt von den ihnen angewiesenen Plätzen Gebrauch machen könnten. (W. T.)

— 27. October. Wie die „Agence Havas“ meldet, wäre nach den vorliegenden Nachrichten nummehr im Ganzen eine demnächstige anderweitige Gestaltung des Kabinetts als wahrscheinlich zu betrachten. Indes sei bis jetzt ein Beschlus in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden. — Der „Moniteur“ glaubt, daß das gegenwärtige Kabinett in seiner Gesamtheit bis zur Öffnung der Kammern im Amt verbleiben werde. Dasselbe Organ demonstriert in aller Form die Nachricht, daß eine zweite Auflösung der Deputirtenkammer in Frage gestellt sei und bezeichnet das Gericht, von einem beabsichtigten Staatsstreich als „lächerlich“. — Dem „Français“ zufolge sind die Minister entschlossen, vor die Kammern zu treten, ihre Pölitik zu vertheidigen und die Verantwortlichkeit für dieselbe zu tragen. Indes wollten sie kein Hinderniß bilden für eine anderweitige Lösung und seien bereit, ihre Entlassung zu nehmen, sobald der Marschall-Präsident glaube, andere Rathgeber berufen zu müssen. — Der deutsche Votschafter, Fürst Hohenlohe, hat heute Nachmittag dem Marschall-Präsidenten und dem Herzog Decazes einen Besuch abgeflattet. (W. T.)

### Italien.

Rom, 27. October. Der „Corriere d'Italia“ erklärt die Nachricht eines Wiener Blattes, daß die Pforte in einer Note an das italienische Cabinet wegen angeblicher Intrigen der italienischen Agenten in den slavischen Provinzen Beschwerde geführt habe, auf das Entschiedenste für unrichtig. Das Blatt fügt hinzu, die Pforte habe hierüber nicht nur keine Beschwerde geführt, sondern habe nicht einmal Veranlassung gehabt derartige Vermerkungen zu machen. (W. T.)

### Dänemark.

Kopenhagen, 24. October. Nachdem alle Bestrebungen im Budgetausschusse des Folketing, eine Vereinbarung zu Wege zu bringen, sich als vergeblich herausgestellt haben, hat, wie verlautet, die Linke definitiv beschlossen, das provisorische Budget von dem Budgetentwurf für das laufende Jahr zu trennen und ersteres durch ein besonderes Budget zu verwerfen, letzteren dagegen zur zweiten Lesung zu überweisen. Es heißt, daß Graf Holstein-Ledreborg der Wortführer der Linken in dieser wichtigen Angelegenheit sein wird; dieselbe dürfte jedoch kaum vor Sonnabend zur Verhandlung im Folketing gelangen.

### Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 26. October. Wie es heißt, würde Baker Pascha demnächst sein Kommando niedergelegen und hierher kommen, um die Gendarmerie zu organisieren.

— 27. October. Wie die „Agence Havas“ wissen will, wäre Mehmed Ali Pascha nunmehr definitiv zum Oberbefehlshaber der Armee in Bosnien und der Herzegowina ernannt worden.

— Ein Telegramm Suleiman Paschas vom 26. d. meldet kleinere Scharmüthen bei Mansurki. Petersburg, 28. Oct. Offizielles Telegramm aus Tiflis vom 27. d. Aus Tigray wird gemeldet: In der Nacht zum 19. October verließ die Artilleriegarde Ismail Pascha unbemerkt ihre Postionen. Vor ihrem Rückzug verbrannten die Türken 240 Patronenlasten. 3 Sotinen Kosaken und 2 Escadrons Dragoner jagten dem Feinde nach, überschritten die Grenze und trafen bei dem Missunapaz eine türkische Cavallerie-Abtheilung von einigen hundert Mann, welche sich eilig in die Berge bei der Straße nach Diabid zurückzogen. Später erschallte von den Höhen bei Missuna her Geschützfeuer, welches von uns nicht erwidert wurde, da wir keine Artillerie mitgeführt hatten. In der Nacht verzog sich auch dieser Theil der türkischen Truppen. Am 21. d. führte Fürst Baratoff eine Reconnoissirung bis auf die Mitte der Straße nach Diabid aus, ohne auf den Feind zu



**Kirchliche Anzeige.**  
Mittwoch, 31. October, Nachmittag  
5 Uhr, feiert die Danziger Bibel-  
Gesellschaft in der Ober-Pfarrkirche  
zu St. Marien ihr Jahrestest. Die  
Festpredigt hält Sr. Prediger **Fuhst**,  
den Jah-bericht Herr **Diaconus**  
**Dr. Weinlig.** (8173)

Heute Vormittags 10 Uhr wurde meine  
liebe Frau **Laura** geb. **Blohm** von  
einem Knaben glücklich entbunden.

**Fuhst**, den 27. October 1877.  
8225) **Hermann Neumann.**

Gestern Abend um 10 Uhr wurden wir  
durch die Geburt eines Mädchens er-  
freut. Dies zeigen Verwandten und Be-  
kannten statt besonderer Meldung hierdurch  
ergehens an.

Dom. Groß-Tworowimire, d. 25. Oct. 1877.  
8194) **Schneider**, Beug-Hauptmann,  
nebst Frau.

Statt jeder besonderen Meldung.  
Gestern Abend 11 Uhr wurde meine liebe Frau  
Olga geb. **Bieler** von einem toden  
Knaben schwer aber glücklich entbunden.

Brüx, den 28. October 1877.  
8213) **M. Schrewe.**

Heute früh 6½ Uhr entschlief ich noch nicht  
vollendet 22. Lebensjahre unserer innig  
geliebten Sohn und Bruder **Max Hirsch-  
mann** nach langen schweren Leiden an der  
Lungenentzündung, was wir hiermit tief  
bedauern anzeigen. (8179)

Köln pr. Danzig, d. 27. October 1877.  
Die Hinterbliebenen.

**Dampfer-Verbindung**

**Danzig-Stettin.**

Dampfer "Stolp" lädt hier nach Stettin.  
Güter-Anmeldungen nimmt entgegen

**Ferdinand Prowe,**  
Comtoir im "Friede"-Speicher am  
Schäferischen Wasser.  
8220)

**Strasburger**

**Gänseleber-Trüffelwurst**

empfiehlt

**A. Fast**, Langenmarkt  
No. 33/34.

**Grosse**  
**Neunaugen,**

**Astrach. Perl-Caviar,**

**Elb-Caviar**

vorzüglicher Güte  
empfiehlt

**J. G. Amort,**

Langgasse 4. (8210)

**Concertvirte**

**Hummer**

in ¼ und 1 Kilo-Dosen  
empfiehlt billigst

**J. G. Amort.**

Langgasse 4. (8210)

פַּשׁ

Kaufschere fette Gänse, Enten und

Hühner sind billig zu haben. Frauengäste  
42, Hof 1 Tr. Von heute bis Donnerstag.

**Räucherlachs in Hälften,**

Spickal, Riesen-Neunaugen, Mittel-  
Neunaugen, Caviar, Alumarinaden,

Russ. Sardinen, Norweg. Delikatess-

Audovis, sowie frischen Silberlachs,

Sezander, Karpen, gr. Ale u. s. w.

verfendet prompt

8182) **Paul Werner,**

Fisch-Export-Geschäft.

**Habanna-Musssch.-Cigarren**

zu ermächtigtem Preise.

Die früher mit 48 M. pro Mille ver-  
kaufsten Habanna-Ausfuhr-Cigarren, schöne

reine Qualität und guter Brand, verkaufe  
ich jetzt, soweit der Vorraum reicht, in

½ Mille-Rüften p. Mille mit 36 M.

100 Stück 4 M., 12 Stück 50 Pf.

**Hubert Gotzmann,**

Heiligegeistg. 13, Ecke d. Scharnhauserg.,

und Kalkgasse 2, am Jacobstor.

**Milchhandlung Fischmarkt 9,**

kauf täglich 100–120 Liter Milch. (8221)

Einen sehr guten polyanter

**Stuhlfügel**

(kreuzförmig) habe ich zu verhältnismässig

sehr billigen Preise zu verkaufen.

Ph. Wisszniewski, III. Damm 3.

**Geld auf Wechsel**

an Besitzer zu begeben.

8244) **Pfefferstadt** 44, 1 Tr.

**Ein fast neuer frischiger**

**Halbwagen**

mit Patentachsen

ist billig zu haben. (8181)

**Borstadt. Graben 65.**

Ein elegantes, starkes Pferd, Grauschim-

mel-Wallach, 6 Jahre alt, 6–7" groß,

ein- u. zweihändig gefärbt, anger., frisch u.

fehlerfr., steht d. Berl. Gr. Gerbergasse 10.

Es wird gewünscht bei einem schon beste-

henden soliden Geschäft sich mit

6000 bis 10,000 Mark

zu beteiligen. Adressen mit Angabe des

Geschäfts werden unter 8140 in der

Gr. Berl. Stg. erbettet.

Eine junge Dame, musikalisch, sucht Stell.

als Erzieherin oder Gesellschafterin.

Breitgasse 92, 2 Tr. (8224)

Montag, den 30. Octbr., Mittwoch, den 31. Octbr. und

Donnerstag, den 1. November e.,

Abends 7 Uhr:

## Im Saale des Schützenhauses

### Tienstag, den 30. Octbr., Mittwoch, den 31. Octbr. und

### Donnerstag, den 1. November e.,

### Abends 7 Uhr:

## Parlow-Concerete

mit dem aus 60 Künstlern bestehenden Streichorchester unter  
Leitung des Königl. Musikdirektor Herrn **Alb. Parlow**.

Programm:

### I. Concert (Symphonie).

1. Ländliche Hochzeit, Symphonie in 5 Sägen von C. Goldmark, 2. Erster  
Satz aus dem Violin-Concert A-moll von Molique, 3. Hochzeitmarsch der Braute von Schmid  
a. d. Oper "Heramors" von Rubinstein, 4. "La Danse des Sphères" für Harfe von Parikh  
Ullars, 5. "Abendrufe" für Streichinstrumente und Harfe von Loschhorn, 6. Ouverture zu  
"Richard III." von R. Volkmann.

### II. Concert (Virtuosen-Abend)

1. Ouverture "Hebriden" von Mendelssohn, 2. II Concert für Violincello von  
Goltermann, 3. Introduction und Variationen für Clarinette von David, 4. Ungarische  
Tänze G-moll u. D-dur von Brahms für Orchester eingerichtet von A. Parlow, 5. "Beetho-  
ven-Ouverture" von Lassen, 6. "La Danse des Sphères" Rondan brill. für Harfe von  
Godeffroy, 7. Ballabile di Concerto für Flöte von Briccialdi, 8. Ungarische Rhapsodie  
in F. von Liszt, 9. Vorspiel zu "Lohengrin" von R. Wagner, 10. Concert für 2 Violinen  
von Mard, 11. Gavotte a. d. Oper "Mignon" von Thomas, 12. Hochzeitzug a. "Fera-  
mors" von A. Rubinstein.

Numerirte Sitze à 2 M., à 1 M. 50 Pf. und Stehplätze à 1 M. bei  
F. A. Weber, Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung, Langgasse No. 78. (8124)

### Gummiboots & Schuhe

der Russian Americ. India Rubber Comp. St. Petersburg  
empfiehlt ich in einzelnen Paaren zu Originalpreisen der Compagnie mit  
Steuerzuschlag, bei 1/4 Dbd. Paaren mit 8 % Rabatt.

### Die Hauptniederlage der India Rubber Compagnie.

**Max Landsberg,**  
77. Langgasse 77. (8164)

## Die Pianoforte-Fabrik

### von

### Hugo Siegel,

### Danzig, Heiligegeistgasse No. 118,

empfiehlt in großer Auswahl

### Concert- und Salon-Flügel

aus den renommiertesten Leipziger und Dresdener Fabriken zu den billigsten Fabrikpreisen  
unter Garantie. Desgleichen Concert und Salon Pianinos in ganzem Eisenrahmen  
und bester eiserner Verspreitung, verbunden mit starkem gesangreichen Ton, leichter vor-  
züglicher Spielfertigkeit und eleganter Ausstattung. (7655)

### Weinreichhaltiges Lager in woll. Strümpfen, Strumpf- längen, wollenen Westen

für Damen und Herren,

### Strickwollen in recht guter Qualität

empfiehlt zu billigen Preisen.

### Julius Konicki.

### Muffen, Stolas

in Bismarck, Fee, Fuchs, Opossum und Nerz

empfiehlt in großer Auswahl.

### Julius Konicki.

### Fächer, Fächerschnüre zu Bällen etc.,

in allen Farben empfiehlt billigst. (8090)

### Julius Konicki.

### Winter-Schuhwaren

in Leder, Filz und Tuch, auch russische Tuchstiefel und Schuhe mit dicke, wasser-  
dichten Sohlen, neues Bacon. Holzsohlen-Lederstiefele, ohne u. mit Wollfutter,

vorzügliche Ware, à 3–4 M., Einlegesohlen jeder Art.

### Russische Gummiboots u. Halbboots

nur prima Qualität, für Herren, Damen und Kinder zu diesjährigen neuen

sehr billigen Preisen en gros & en detail.

Gummischuhe jeder Art. in den besten Fabrikaten en gros & en detail billigst.

### Gummi-Regenröde

kennen wir in vorzüglichen Fabrikaten zum Fabrikpreise billigst.

### Holzpantoffeln.

Unsere Strafanstalt-Fabrikate mit vorzüglichem Oberleder und besten

Holzsohlen empfehlen wir — nur Wiederverkäufern — zum allerbilligsten

Preise. (8180)

### Oertell & Hundius,

Langgasse 72.

## Vortäge von Dr. A. E. Breun

### im Apollo-Saale Abends 7½ Uhr. des Hotel du Nord.

Montag, den 5. Novbr.: Eine Reise nach Sibirien.

Freitag, den 9. Novbr.: Die Steppe Mittelasiens u. i. Thierwelt.

Montag, den 12. Novbr.: Wanderhirschen und Wanderherden.

Freitag, den 16. Novbr.: Die Kirgisen.

Montag, den 19. Novbr.: Die Tundra.

Donnerst., den 22. Novbr.: Das heidnischen Ostjaken.

Numerirter Sitzplatz 1 M. 50 Pf., unnumerirt 1 M. 25 Pf. Steh-  
platz 1 M. Schülerbillets 75 Pf.

Ein Abonnementsbillet für sämtliche 6 Vortäge: Numerirt

7 M. 50 Pf., unnumerirt 6 M. Stehplatz 5 M. Schülerbillett 3 M.

Ein Familienbillet für 4 Personen zu sämtlichen 6 Vor-  
trägen, numerirt 24 M.

An der Abendkasse findet nur der Verkauf einzelner Billets statt.

8188) **Th. Bertling**, Gerbergasse 2.

## F. Niese Nachfolger

### Tapeten- und Teppich-Handlung,

empfiehlt ihre aufs beste assortirte Lager von:

Teppichen, Germene, Holländer, Amerikaner, Schotten etc.

Teppich-Rollenware in obigen Qualitäten und schönsten

Goede waren aller Art,

Angoraselle in größter Auswahl und allen Farben,

Rouleur, Wasch- und Ledertüche etc. etc.

zu auerkant

# Beilage zu Nr. 10626 der Danziger Zeitung.

Danzig, 29. October 1877.

## Abgeordnetenhaus.

5 Sitzung vom 27. October.

(Schluß)

Abg. Richter (Hagen): Ich will einige Worte über unser Verhältnis zur Centrumspartei voranschicken. Wir wußten im Vorauß, daß diese Partei nicht für unseren Antrag stimmen würde. Wenn ich nun im Tore des leitenden nationalliberalen Blattes reden wollte, dann würde ich von der vereinigten Opposition der nationalliberalen und der Centrumspartei sprechen, von der Brüderhand, welche die Nationalliberalen dem Centrum reichen. Ich will das heute Ihnen nicht zurückgeben. Das Centrum sah nur die Kirchenpolitik der Regierung in's Auge, wird diese nach seinen Wünschen geführt, dann ist ihm der Wechsel in der inneren Politik gleichgültig; es verzichtet um einen solchen Preis selbst auf das beantragte Ministerorganisationsgesetz. Der Abg. Windthorst hat sich bemüht, nach oben hin gar keinen Zweck darüber zu lassen, daß das ein Antrag der bösen Fortschrittspartei sei, denn das gute Centrum nicht bestimme. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren vom Centrum, die politische Situation scheint jetzt besser für Sie zu werden, an die Wandlung in der inneren Politik knüpft sich leicht die von Ihnen begehrte Wandlung auf anderen politischen Gebieten an. Sie haben zwar kein Vertrauen zu den jetzigen Ministern, wohl aber zu der jetzt eingeschlagenen Richtung, von welcher Sie für Ihre Zwecke gesprockliches hoffen. Wenn eine Partei wie die unsrige, ohne deren Beihilfe es gar nicht möglich gewesen wäre, den Kirchenpolitischen Kampf in dem bisherigen Maßstabe zu führen, so außer Contact mit der Regierung gehalten und zu einem so scharfen Antrage gerichtet wird, dann scheint allerdings eine Wandlung der Politik im Sinne des Centrums im Bereich der Möglichkeit zu liegen. Trotzdem werden wir auch heute den Antrag Windthorsts zustimmen, um immer wieder unsere Forderungen Ausdruck zu geben. Der Abg. Lasker fragt, was geschehen sollte, wenn das Misstrauensvotum eine Wahrschau erhielte. Ich antworte: Jede Partei hat nicht nur die Regierungsmakrelen zu kritisieren, sondern sie muß auch im Stande sein, es besser zu machen und ich halte es für eine Pflicht der nationalliberalen Partei, als der Mehrheitspartei der Liberalen das liberale Programm auszuführen, wenn die Frage praktisch an sie herantritt. Ich zweifle nicht, die Herren werden in der praktischen Tat den Verlust machen. Schließen Sie daran, daß unser Antrag nicht Fraktionssplitter bestimmt, sondern gemeinsame liberale Interessen. Nichts liegt uns mehr fern als über das Fehlen des Grafen Guelphburg Trauer zu empfinden, wir hätten nur gewünscht, daß Sie, den Minister, als er noch hier saß, auch stets so schätzten würdeten, wie Sie es heute thun und wir es schon damals thaten. Als der Abg. Birchow bei der letzten Städteordnungsdebatte die „tiefe Misere unserer Zustände“ beklagte und die Verhandlungen als Ergebnis der Städteordnung bezeichnete, sprach der Abg. Miguel noch die Hoffnung auf das Zustandekommen der Städteordnung in den nächsten Sessien aus und gab die Schuld des Nichtzustandekommens nur in äußerer Verhältnissen, in dem Mangel an Zeit. Schon damals debütirte wir die Schuld auf das geläufige Ministerkollegium, einschließlich des Dr. Friedenthal und des Fürsten Bismarck aus. Wir möchten den Minister Guelphburg hier sehen, weil er die Ausarbeitung der Novelle noch angeordnet und den Widerspruch dieser Novelle mit seinem früheren Zusagen besonders zu vertreten hätte. Mag der Minister Friedenthal auch noch so prompt die laufenden Geschäfte erledigen und bei seinem gewohnten Fleiß selbst Reife ausarbeiten (Heiterkeit); er kann thätsächlich als Reichsminister nicht den Zusammenhang von Vergangenheit und Zukunft in Fragen dieser Gesetzgebung vertreten. Der Ministerpräsident, der in der Staatsministerialzeitung die Wendung herbegebracht hat, fehlt uns. Wir wollen daß der Mann, der hier die Entscheidung gegeben hat uns unmittelbar Auge in Auge rede steht und uns als Volksvertreter auf unsere Fragen Antwort giebt. Das dem nicht so ist, führt eben die genuinste Verantwortlichkeit bei. Wir sind weit entfernt die geschäftlichen Verdienste des Fürsten Bismarck über die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse, wie der Abgeordnete Windthorst es gethan, herabzusezen. Aber den Vortheilen des Verbleibens im Amt dem Auslande gegenüber stehen Nachtheile gegenüber, welche das beständige Urlaubsverhältnis im Innern mit sich bringt. Im Falle einer Wandlung der Politik tritt dies schärfer noch hervor. Ist solche Wandlung eingetreten? Der Abg. Lasker giebt zu, daß bisher Fürst Bismarck nur von Fall zu Fall Politik getrieben, daß seine Wirtschaftspolitik sehr unklares Ziele verfolgte. Woher soll da das Vertrauen kommen in Bezug auf die Politik des Fürsten der Verwaltungsreform gegenüber? Ist doch in diesen Fragen die Person des Fürsten nur vorgetreten, wenn es sich um Siftungen, um Entgegenhandeln gegen die liberale Majorität handelt. Gleichwohl hat der Abg. Lasker so viel Vertrauen. Das Entscheidende ist, ob die Regierung die systematische Umgestaltung der Landgemeinde- und Städteordnung als zur Verwaltungsreform gebörig betrachtet. Der Minister Friedenthal hat dies ausdrücklich gelehnt. Hier läßt die Differenz. Der Abg. Lasker hat selbst zugegeben, daß der Unterbau der Verwaltungsreform durch die neue Communalordnung für alle Liberalen die Voraussetzung für die Einigung über die Kreisordnung im Jahre 1872 gewesen sei. Noch 1876 hat der Abg. Lasker betont, die sofortige Reform der Landgemeindeordnung sei nothwendig, denn je mächtiger der Oberbau in der Verwaltungsreform sich gestalte, um so gewaltiger würde die Selbstständigkeit der Landgemeinden beeinträchtigt. In Ermangelung der Landgemeindeordnung haben wir gegen die Provinzialordnung gestimmt. Sie verzögerten sich damals auf die Städteordnung. Nun es mit der Städteordnung nichts ist, trocken Sie sich wieder mit der Landgemeindeordnung. Vom gemeinsamen Punkt gingen wir aus; Sie haben uns im Stich gelassen; wir blieben dann in der Minorität, wir versuchten uns auf Ihnen leichten Standpunkt, dem Verlangen nach der Städteordnung zurückzuziehen. Jetzt finden wir diese Position auch schon von Ihnen verlassen. Sie stehen auf dem Standpunkt der Freiconservativen, welche sich schon vor zwei Jahren mit der Novelle begnügen wollten. Gerade die Novelle zeigt aber, daß keine Städteordnung kommen soll. Wozu sonst erst die Flügelarbeit? (Sehr richtig!) Aus dieser Flügelarbeit findet sich ja Niemand heraus. Statt nach Gelezen, muss nach dem Leitsabend, dem „kleinen Brauchstich“ verwaltet werden. Mindestens müssen Sie mit dem Inslebentretenden der Novelle warten, bis Herr von Braudisch die zweite Auslage ausgearbeitet hat. (Große Heiterkeit.) Gerade das, was die Novelle den Städten bringt soll, die Unterstellung unter die Bezirks- und Provinzialräte begehrten die Städte am wenigsten. Sie stehen lieber hier in Brandenburg unter den Regierungsräthen X. Y. Z. in Potsdam als unter den Herren v. Mantenfel, v. Gerlach, v. Lettenborn in den Provinzial- und Bezirksräthen. Besteht doch der brandenburgische Provinziallandtag aus 24 Land-

räthen und 22 Bürgermeistern, hat also eine Majorität von besoldeten Beamten u. Hört! Nicht weniger als 97 Landräthe haben schon von Anfang in den fünf Provinziallandtagen, jetzt sind ihrer schon mehr als hundert. (Heiterkeit.) Unter einer von so zusammengesetzten Organen ressortirende Selbstverwaltung haben die Städte kein Verlangen zu kommen; darum lieber die einfache Sifflung als solche Novelle. Der Abg. Graf Bethykl klage schon im Juni 1875 — ich glaube, damals war gerade Wollmarkt (Heiterkeit) — über das Übermaß parlamentarischer Geschäfte. Seitdem hat ihn die Städteordnung nicht in Anspruch genommen. Nun, wo er wieder anfangen soll zu arbeiten, sagt er über die Currenten der Kartoffelernte. (Heiterkeit) Nur, wenn es gilt, statt liberale Gesetze zu machen, Gesetze rückwärts zu revidiren, einen Schutzjöll, mehr Gewerbepolizei, neue Steuern zu bekommen, dann sind Sie mutter bei der Hand in der gesetzgebenden Arbeit, und sollten Sie selbst den Hoppegarten darüber versäumen müssen. (Heiterkeit.) Der Abg. Lasker meint, die Hantungen in Bezug auf die Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen seien jetzt glücklich überwund n. Mit Richten! Die selbe Hand des Fürsten Bismarck, welche nach Aussage des Grafen Guelphburg vor drei Jahren den bekannten groß n Stein auf die Gesetzgebung wählte, hat soeben den neuen Stein auf die Städteordnung, deren Ausdehnung auf die westlichen Provinzen geplant war, gelegt. Im vorigen Jahr habe es statt nach Westen sollte nach Norden ausgedehnt werden. Nun ist es aber auch von einer Schleswig-Holsteinischen Kreisordnung wieder ganz still geworden. Allerdings haben wir gehört, Fürst Bismarck habe Hrn. v. Sybel zuerst lass n und ihm erlaubt, zu verbreiten, daß er, der Fürst, kein Reactionär sei. (Heiterkeit.) Hr. v. Sybel glaubt das auch gewiß nicht, weil, wenn Fürst Bismarck ein Reactionär wäre, er sich selbst auch für einen solchen halten müßte. Es ist ja eben die Stellung, von der aus die Herren v. Sybel, Legidi, Tiedemann u. s. w. in diesem Hause vergleichbar die Städteordnung bekämpft haben, die Fürst Bismarck sich soeben selbst angeeignet, um die Städteordnung zu Fall zu bringen. Der Abg. v. Sybel bemerkt, daß er nur Ehrenpräsident sei und keine Nebenregierung am Rhein führe und doch fordert er in seinem jetzt durch die Presse bekannt gewordenen Circular an die Geschäftsführer des Deutschen Vereins in��stens mit d. Elbstbeweise, mit welchem ein Oberpräsident zu seinen Landräthen spricht. Berichte über die Einführung der Kreisordnung in Rheinland und Westfalen ein; er constatirt augleich die Absicht der Regierung, kein Wahlrecht für Ortsvorsteher und Landbürgermeister zu verleihen. Für solche Kreisordnung waren wir, wir könnten sie nicht brauchen. (Sehr richtig!) (Läuft.) Der Kreis hat im Westen keinen communalen Inhalt und ist nur Verwaltungsstation. Die Landgemeinden dort und deren ernannte Bürgermeister — verabschiedete Offiziere, Kreisschreiber und andere Subalternbeamte — sind durchaus abhängig vom Landrat. Dieses Abhängigkeitsverhältnis würde sich auf den Kreiswirtschaft übertragen; das gäbe eine bureaukratische Schreiberwirtschaft ohne Verantwortlichkeit nach oben. Im Verhältnis dazu sind die gegenwärtigen Kreisordnungen mindestens unzulässig. Wir haben also in Bezug auf die Verwaltungsreform im Osten nichts mehr zu erwarten, was uns vom liberalen Standpunkt aus interessant, wir haben in Bezug auf Übertragung der Gesetzgebung nach Westen höchstens Vorlagen zu erwarten, die wir vor vorherhin verwerfen müssen, wir müssen aufserdem befürchten, daß „an der Hand der praktischen Erfahrung“, wie sich der Abg. Graf Bethykl ausdrückt, die gegenwärtige Gesetzgebung im Osten noch zurückzuführen wird; beispielweise durch Hervorbringen eines Theils der Kreisausschusmitglieder an königlicher Ernenntung, wie es die conservative Presse schon andeutet. Derjenige ist ein Don Quixote genannt worden, der an einem Stehenbleiben auf halben Wege glaubt. Nun, als 1848 in Preußen eine Repräsentativ-Berfassung eingeführt wurde, hätte auch Niemand es für möglich gehalten, daß 1877 noch solche feudale Landgemeindeordnungen in Kraft waren, wie jetzt. Warum sollen wir denn mit dem Abg. Lasker zu den Personen der Minister an und für sich Vertrauen haben? Eine Kreisordnung von Herrn Friedenthal als Vater hätten wir niemals angenommen. Der Abg. Lasker hat damals gegen das Widerstreben des damaligen Abg. Friedenthal die bedenkllichsten Sachen aus der Kreisordnung herausgebracht. Wenn der Minister Friedenthal nicht immer ein conservativer Mann gewesen wäre, so hat er sich doch gestern in der Erregung als solcher bekannt. Wie sollte er dazu kommen, fragt er, unsere Ideen in der Gesetzgebung auszuüben. Nun unsere Ideen sind die liberalen Ideen überhaupt, in den Zielen unterscheiden wir uns ja nicht so sehr von den Nationalliberalen wie in der Taktik. Hat nicht das Staatsministerium unter Mitwirkung des Ministers Friedenthal schon beim Kompetenzgesetz versucht, die Kreisordnung zu verhindern? Der Minister Friedenthal ist als freiconservativer Mann unter politischer Gegner; als solcher vertrauen wir ihm nur so weit wir sehen können. (Heiterkeit) Hier aber liegen, so weit wir sehen, Thatsachen vor, die unser Misstrauen erwecken. Wenig constitutionell hat der Minister Friedenthal gestern erklärt, bei Dissonanzen zwischen Landesverteilung und Regierung müsse die Sache auf sich beruhen bleiben. (Burk: Misstrauensvotum!) In Bezug auf Misstrauensvotum brachte er sich nicht auszusprechen, weil er weiß, daß er keines bekommt. Der Minister Camphausen hat allerdings erklärt — was ich auch glaube — daß er einem Misstrauensvotum weichen werde. Aber wenn der Minister Camphausen erst den Abschluß der Verwaltungsreform in conservativen Sinne herbeigeführt und damit den Conservativen die Wege geebnet hat — was nicht es uns dann, wenn er abgeht? Sollten wir etwa auf den Fürsten Bismarck vertrauen, gegen den in Bezug auf die empfindliche Stelle der Reichsangelegenheiten der Abg. Lasker selbst Misstrauen geäußert hat? Noch leichter wie in der Eisenbahndrage wird der Fürst in der Verwaltungsreform eine Wandlung unternehmen. Sie, die Nationalliberalen, sind hier voller Vertrauen zu den Ministern. Hat Ihnen die Regierung dasselbe Vertrauen bei den Wahlen zu erkennen gegeben? Bei den Landtagswahlen war die Regierungseinflussung gegen Sie noch nicht im Auge, bei den Reichstagswahlen sind Sie in den alten Provinzen trotz Ihrer Nachgiebigkeit in der Justizgesetzgebung von den Landräthen ebenso schlecht behandelt worden wie wir. Vor dem Landrat sind Nationalliberalen und Fortschrittspartei gleich verwerflich. (Heiterkeit) Ein Schub von etwa 60 Landräthen in den Reichstag und Landtag sähe die Regierung lieber heute als morgen (Abg. Landrat v. Meier-Arnswalde: Na-türlich! Große Heiterkeit) Wie stehen Sie denn eigentlich zum Fürsten Bismarck? Sie werden einschließlich des Abg. Lasker von ihm dilatorisch behandelt. Das ist auch schon anderen Mächten passiert. Er hält die Zeit noch nicht für gekommen, mit Ihnen zu brechen und die großen Pläne, mit deren Formulirung er nach den conservativen Zeitungen noch beschäf-

tigt ist, zur Erscheinung zu bringen. Der Fürst läßt sogar durchblicken, daß er unter Umständen geneigt wäre, einen Nationalliberalen in das Ministerium zu nehmen. etwa als Steuernminister, der die Aufgabe übernehme, für die conservativen Pläne solche neue Steuern durchzubringen, die sich durch einen conservativen Finanzminister und auch durch den Minister Camphausen nicht erlangen lassen. (Sehr gut!) Meine Achtung vor Ihnen verbietet mir anzunehmen, Sie könnten sich dazu gebrauchen lassen, dem Fürsten Bismarck die Steuerlasten aus dem Feuer zu bohlen. In Wahrheit sind Sie ja selbst gegen den Fürsten Bismarck misstrauisch und behandeln ihn dilatorisch. Sie wollen auch nur dilatorische Politik machen. Solch dilatorisches Verhältnis mag im Kampf gegen auswärtige Mächte im Streit von Diplomaten angebracht sein; es zielt sich nicht für das Verhalten von Regierung und Volksvertretung. Hr. Lasker sagt, wir, seine nächsten Nachbarn, hätten Liberalismus am meisten geschädigt. Nein, Sie schädigen denselben, indem Sie das Volk in seinem Vertrauen in seiner Sorglosigkeit lassen und auf die drohende Gefahr nicht aufmerksam machen. Sie schädigen den Liberalismus, indem Sie den Unterschied zwischen conservativ und liberal durch solche Vertrauenskreise zwischen. Sie machen das Volk irre über die Ziele des Liberalismus, indem Sie solche Missgeschickung treiben, an der Niemand eine rechte Freude hat. Hier ist der Punkt, wo wir uns scheiden. Wir wollen vor dem Lande klar aussprechen, was wir von der gegenwärtigen politischen Situation halten. Mögen Sie unter Schuldigkeit gestellt, daß wir, als Liberalen, die Fortschrittspartei schließen, die Nationalliberalen unterstützen und umgekehrt; das corripiert die öffentliche Meinung. Die Wahrlagenten sagen sich: erst haben wir viel Lärm gemacht und nun wollen wir klein beigegeben, das mag ein Fehler thun. Wenn wir klug und vorsichtig handeln, dann müssen wir eine geschlossene, complete Vertheilungslinie bilden. Lassen Sie endlich uns so unter einander benehmen, wie die Fraktionen in den Wahlkreisen, damit wir sicher sind, daß die liberale Sache nicht ganz in den Hintergrund trete. (Beifall)

Die Discussion wird geschlossen. Aus der langen Reihe persönlicher Belehrungen, die meist durch Richter veranlaßt sind, haben wir nur hervor, daß v. Sybel die Überhöhung seines Einflusses auf den Fürsten Bismarck durch zwei Gebrüder, die durch drei Jahre getrennt waren und die Verbündigung der von ihm zu eigener Information veranlaßten Antragen in Rheinland und Westfalen nicht verstehen kann und dieses harmlose Material Federmann zur Einsicht anbietet. Graf Bethykl-Huc versichert, daß er niemals eine Revision der Kreisordnung, sondern des Comptenzgesetzes und der Provinzialordnung gewünscht habe, übrigens den Wollmarkt und Hoppegarten nicht befreie. Windthorst erwidert dem Finanzminister, daß er nicht das geringste Interesse an seinem und Falk's Austritt aus dem Ministerium habe, weil durch diesen Austritt doch nichts geändert würde, so lange Fürst Bismarck im Amt bleibe. Am schwersten wird es Lasker und Richter sich zu verstehen. Der erste hat sich aus der Rede des letzteren, während er sprach, so viel that-sächliche Erthmuth notiert, bis er bei Nr. 10 erinnerte und das Ratschreiben aufnahm. Er hat n. A. nicht gelagt, daß die Angriffe der Fortschrittspartei gegen die nationalliberalen den Liberalismus, sondern daß sie die nationalliberalen Partei geschädigt haben. Richter gibt die Erthmuth zu, behauptet aber bei seiner sonstigen Behauptungen, da Lasker zwar ein ausgezeichneter Redner, aber nicht ein ebenso guter Zuhörer sei und in der Erregung sich angegriffen glaube, ohne es zu sein. Bei der Abstimmung wird der Antrag Birchow-Hänel gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und der Polen, und der Antrag Windthorst in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 132 Stimmen (Centrum, Fortschritt und Polen) abgelehnt. Die zweitägige Debatte über die Beurlaubung des Grafen Guelphburg schließt also ohne ein greifbares Resultat.

Nächste Sitzung Dienstag.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 27. Octbr. Effecten-Societät. Creditactien 182½, Franzen 224½, Lombarden — Galizier —, Goldrente —, Biemlich fest.

Amsterdam, 27. Octbr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht) Weizen 7. März 319. — Roggen 7. März 189. Rübbel 7. Mai 43½.

Wien, 27. Oct. (Schlußcourse.) Papierrente 64,10, Silber 67,10, Goldrente 74,40, 1854r Loope 106,50, 1860er Loope 110,50, 1864er Loope 133,70, Creditloose 161,00, Unger. Prämienloose 78,70, Creditactien 213,10, Franzos 260,75, Lomb. Eisenbahn 73,50, Galizier 246,25, Kaschau-Oberberg 106,70, Pardub. — Nordwestb. 111,25, Elisabethsbahn 16,50, Norrbahn 1927,50, Nationalbank 834,00, Türkisch Loope 14,50, Unionbank 63,25, Anglo-Austria 94,50, Berliner Wechsel 57,50, Londoner do. 118,00, Hamburger do. 57,50, Pariser do. 47,10, Frankfurter do. 57,50, Amsterdamer do. 97,70, Napoleon 9,48, Dusaten 5,64, Silbercoupons 104,60, Marknoten 58,25.

London, 27. Oct. [Schluß-Couise.] Comsol 96%. 5 pt. Italienische Rente 71½%, Lombarden 6%. 3 pt. Lombarden-Prioritäten alte 9%. 3 pt. Lomb. Priorit. neue 9. 6 pt. Russen 1871 75½. 5 pt. Russen 1872 75%. Silber 54%. Türkische Unitie 1865 10. 5 pt. Türke 1869 10%. 5 pt. Vereinigte Staaten 7. 1885 5 pt. Vereinigte Staaten 5 pt. fundierte 106%. Österreichische Silberrente 57. Österreichische Papierrente 55. 6 pt. ungar. Schatzbonds 94%. 6 pt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 86%. 6 pt. Spanier 13%. Spanier 12%. 5 pt. Russen 1873 77%. Blasdsitzen 3½ pt. Paris, 27. October. (Schlußbericht) 3 pt. Rente 70,52%. Auleihe 1872 106,87%. Italienische Rente 71,90. Österreich. Goldrente 63,06. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzen 558,75. Lombardische Eisenbahn-Aktion 166,25. Lombardische Prioritäten 228,00. Türkische Loope 1865 10,20. Türkische 1869 50,00. Türkische Loope 31,75. Credit mobilier 155. Spanier exter. 12%, do. inter. 11%, Suezcanal-Aktion 697. Banque ottomane 363. Société génerale-Aktion 470. Credit foncier 660. neue Egypter 169. Wechsel auf London 25,17%. — Fest und Weiß.

Paris, 27. October. Produktionsmarkt. Weizen ruhig. Do. 32,25, 7. Novbr. — Debr. 32,25, 7. Novbr. — Febr. 32,25, 7. Januar-April 32,50. Mehl steigt, 7. Oct. 69,75, 7. Novbr. 69,50, 7. Novbr. — Februar 69,50, 7. Jan.-April 70,00. Rübbel weichend, 7. Octbr. 101,00, 7. Novbr. 101,00, 7. Dezbr. 101,50, 7. Jan.-April 101,50. Spirits ruhig, 7. Octbr. 60,00, 7. Jan.-April 61,50.

Antwerpen, 27. Octbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste fest. Petroleummarkt.

(Schlußbericht.) Raffinerie, Typ. weiß, loco 32½ bez. und Br. 7. Oktober 23 bez. und Br. 7. Novbr. 32½ bez. 33 Br. 7. Decbr. 33½ Br. 7. Febr. 34 Br. — Weizen. New York, 27. Octbr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81½ C. Golddag 2%, 5/20 Bonds 7. 1885 — do. 5 pt. fundierte 107,5%, 5/20 Bonds 7. 1887-108. Griebahn 18. Central-Pacific 106%. Newport Centralbank 107. Höchste Notierung des Goldbagos 2%, niedrigste 2%. — Waarenbericht. Baumwolle in New York 11½, do. in New-Orleans 11, Petrol in New York 14½, do. in Philadelphia 14, Mehl 5 D. 50 C., Röther Winterweizen 1 D. 42 C. Mais (old mixed) 62 C. Zucker (fair refining Muscovados) 8. Kaffee (Rio) 18½, Schnaps (Markt Wilcox) 9½ C. Spez (short clear) 8½ C. Getreidefracht 7.

# Der diesjährige Ausverkauf wollener und halbwollener Kleiderstoffe.

darunter eine große Partie Roben à Mrk. 4.50, Mrk. 5, Mrk. 6, Mrk. 7 u. re. re.  
beginnt Montag, den 29. October.  
Hirschwald & Co. Langgasse No. 79.

## Neue große Preis-Ermäßigung.

Von heute ab ist bei allen Nähmaschinen-Systemen meines bedeutenden Lagers eine Preisermäßigung von 10% eingetreten. Es werden sofort:  
Neue Deutsche Singer-Nähmaschinen von 60 Mark ab,  
Victoria-Nähmaschinen von 60 Mark ab,  
Wheeler & Wilson-Nähmaschinen von 90 Mark ab,  
Loewe-Nähmaschinen von 120 Mark ab.

Reparaturen an allen Nähmaschinen werden prompt ausgeführt. — Ratenzahlungen von 2 Mark wöchentlich oder 8 Mark monatlich an. — Alle hier am Platze angebotenen Nähmaschinen sind nachgemachte!

## Concurs-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht zu Graudenz.

Erste Abtheilung,

den 15. October 1877, Nachmittags 2 Uhr.

Neben das Privatvermögen des Kaufmanns Oscar Ahlert hier, Gesellschafter der unter der Firma Ahlert u. Leutenstein mit der Hauptverdienstlung in Thorn und einer Zweigniederlassung hier bestehenden offenen Handelsgesellschaft, ist der laufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 15. August cr. festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Gustav Goeth hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 3. November cr.

Vormittags 11 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 17 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Kreisgerichtsrath Herbst anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorhälde über die Beibehaltung dieses Verwalters, oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrung haben, aber welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen; vielmehr von dem Betriebe der Gegehnisse bis zum 20. November cr. einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ehe bald zur Concursmasse abzuliefern. Pfandnehmer oder andere mit denselben gleichverdächtige Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Versteck befindlichen Pfandschulden uns Anzeige zu machen. (7576)

**Bekanntmachung.**  
In der Kaufmann A. J. Thiel'schen Concursfache soll bezüglich der bisher nicht realisierbar gewesenen ausstehenden Forderungen über die weiter zu ergreifenden Maßregeln Beschluss gefasst werden. Zur Vernehmung der Concursgläubiger, welche wegen ihrer angemeldeten Forderungen noch nicht vollständig befriedigt sind, hierüber, ist ein Termin auf den 7. November cr. Vormittags 9 Uhr vor dem Commissar des Concurs im Verhandlungszimmer No. 1 anberaumt worden.

Pr. Stargard, den 23. October 1877.  
Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (8098)

Nothwendige Subhastation.  
Das der Gottliebe Selongowksi geb. Kulta, welche mit Friedrich Schilowski in zweiter Ehe und Gütergemeinschaft lebt, gehörige, in Hansdorf belegene, im Hypothekenbuch von Hansdorf verzeichnete Bauergrundstück soll

am 11. Dezember 1877,  
Vormittags 10 Uhr,  
an ordentlicher Gerichtsstelle versteigert und das Urteil über die Ertheilung des Beschlages

am 13. December 1877,  
Vormittags 10 Uhr,  
abendselbst veräußert werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks:

20 Hectare, 23 Are, 70 □ Meter,  
der Reiner rag, nach welchen das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden:

61 54/100 □  
Nutzungswert nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden:

90 Mark.  
Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenchein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserem Geschäftslócal eingesehen werden.

Alle Di-jenigen, welche Eigenthum oder andere Weite zur Wirthschaft gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfen, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, diejenen zur Vermeidung der

Dienstag, den 30. October 1877, Vormittags 10 Uhr, Auction auf dem Hofe der Herren F. Boehm & Co. über

gr. Kaufmannsheringe KK., Kaufmannsheringe K., Mittel-

heringe M., Christiania-Heringe C. und Breitlinge,

welche mit dem Schiffe „Gilda“, Capt. Knudsen, hier eingetroffen sind.

7958)

Herrings-Auction.

Dienstag, den 30. October 1877, Vormittags 10 Uhr, Auction auf dem Hofe der Herren F. Boehm & Co. über

gr. Kaufmannsheringe KK., Kaufmannsheringe K., Mittel-

heringe M., Christiania-Heringe C. und Breitlinge,

welche mit dem Schiffe „Gilda“, Capt. Knudsen, hier eingetroffen sind.

7958)

Mellien. Ehrlich.

Dienstag, den 30. October 1877, Vormittags 10 Uhr, Auction auf dem Hofe der Herren F. Boehm & Co. über

gr. Kaufmannsheringe KK., Kaufmannsheringe K., Mittel-

heringe M., Christiania-Heringe C. und Breitlinge,

welche mit dem Schiffe „Gilda“, Capt. Knudsen, hier eingetroffen sind.

7958)

Heirathspartien

vermitt. d. anonym. Verm. Inst. „Amor“ f.

Damen u. Herrn. streng bis. Vorl. Ad. G. P.

1865 postl. Berlin P. sta. 30. 3. Aut. Brsm. erh.

Verantwortlicher Redakteur H. Nödner,  
Druck und Verlag von A. W. Käsemann  
in Danzig.

# Der Ausverkauf

in allen Abtheilungen unsers Lagers  
ist heute eröffnet.

Die Preise sind zum und unter Kostenpreise gestellt, da wir unser großes Lager vor dem Umzuge bedeutend verkleinern wollen.

**Wir empfehlen:**  
1 Partie Oberhemden von 2 Mrk. 25 Pf. an,  
Nachthemden von 2 Mrk. an.  
1 Damenhemden, ungeklärt Leinen und garnirt, von 1 Mrk. 60 Pf. an.  
1 Steppecke, Italien Cloth, von 3 Mrk. 50 Pf. an.  
1 Unterrocke in Shirting.  
1 Pantalons und Negligee-Jacken in Court u. Satin.  
1 Nachthauben in Piquee von 20 Pf. an.  
1 Flanell-Oberhemden von 2 Mrk. 75 Pf. an.  
1 Wollene Socken à Paar von 35 Pf. an.  
1 Fransenstrümpfe von 50 Pf. pr. Paar an.  
1 Herren-Chemisets von 40 Pf. an.  
1 Hüftenschürzen, bunt Leinen, von 1 Mrk. an.  
1 weiße Schürzen mit Pochet und Tasche v. 60 Pf. an.  
1 Herren-Triverts à Paar von 1 Mrk. 50 Pf. an.  
1 Garituren, Krägen und Stulpen, sehr billig.  
1 Shirting-Manschetten à 25 Pf.  
1 Leinen-Manschetten à 50 Pf.  
1 Victoria-Söcke für Mädchen v. 2 Mrk. 50 Pf. an.  
1 Parchment, ungebleicht, von 20 Pf. die Elle an.  
1 Baumwollene Büchen à Elle von 20 Pf. an.  
1 Leinenbüchen à Elle von 40 Pf. an.  
1 Tischtücher à Stück von 1 Mrk. an.  
1 Servietten a Dkd. von 4 Mrk. an.  
1 Damast-Gedecke mit 12 Servietten, Garantie rein-leinen, von 16 Mrk. an.  
1 Drell-Gedecke mit 6 Serv. v. 4 Mrk. 50 Pf. an.  
1 Schürzenzeuge von 40 Pf. die Elle an.  
1 Decken mit Franzen von 2 Mrk. an.  
1 Dessert-Servietten in gelb und grau, Dkd. 2 Mrk. 50 Pf. weiß von 4 Mrk. an.  
1 Damast-Handtücher a Dkd. 6 Mrk. 50 Pf.  
1 Damen- und Herren-T schäntlicher a Dkd. von 3 Mrk. an.  
1 Kinder-Tücher a Dkd. von 2 Mrk. an.  
1 Satins zu Jacken und Pantalons von 30 Pf. die Elle.  
1 Partie Damen-Krägen, gute Facons, à 25 und 30 Pf.  
ca. 100 Stück Leinen, nur gutes Fabrikat, 50—52 Ellen, von 13 Mrk. 50 Pf. an.  
Laken-Leinen, 2 1/4—2 1/2 Elle breit, à Elle von 1 Mrk. an, ca. 300 Duzend Herren-Krägen, nur gute Facons, à Duzend 3 Mrk.

## Kiehl & Pitschel,

Leinen-Handlung u. Wäsche-Fabrik,

71. Langgasse 71.

Aufträge nach außerhalb gegen Nachnahme.

**Vom 1. December befindet sich  
unser Geschäftslócal Langgasse 29,  
im Hause des Herrn C. L. Böttrich.**

### Fette Enten u. Gänse

3225) empfiehlt

Magnus Bradtke.

### Petroleum-

### Messapparate

empfiehlt in großer Auswahl

Emil A. Baus,

Gr. Gerbergasse 7.

### Decimal- und

### Tafelwaagen

zu Fabrikpreisen empfiehlt

Emil A. Baus.

### Bier-Luftdruck-

### Apparate

werden sauber reparirt bei

Emil A. Baus,

III. Damm 17.

Comtoir Gr. Gerbergasse 7.

### Japan- u. China-Waren

en gros, en detail.

In Porzellan-, Eisenbeinarbeiten, Broncen,

Mosaik, Lackwaren &c. in großer Auswahl.

Hamburg, Admiralsstr. 31.

Emil G. v. Höveling.

### Kartoffeldämpfer

mit Dampfkessel zu 10 Scheffel innerhalb

1 Stunde zu tönen komplett empfiehlt

W. N. Neubäcker,

Danzig.

Ein recht guter Flügel 6 1/4 Oct. ist ver-  
sezungsh. j. b. zu verk. Frauengasse 29.

für unser Tuch-Manufaktur- u. Mode-Waaren-Geschäft suchen wir einen Lehrling mit den nötigen Schreibkenntnissen zum sofortigen Eintritt.

H. Ruhm & Schneidemühl, Neutreich. (8109)

3 ur Unterstützung der Hausfrau wird auf dem Lande ein gebildetes Mädchen gewünscht. Nur Respectanten, die bereits ähnliche Stellungen bekleidet haben, finden Berücksichtigung und werden erucht. Abschriften von Zeugnissen nebst Angabe der Gehaltsansprüche in die Exp. d. Ztg. unter 8103 einzureichen.

Eine Dame in guter Handschrift wünscht ihre freie Zeit d. Abschreiben v. Acten o. dgl. auszufüllen à Vog. 20—25 & Öfferten w. u. 8162 i. d. Exp. d. Ztg. erb.

**Labat-Spinner** für Kautabak finden dauernde Beschäftigung bei Poll & Co. (8158)

Ein erfahrener Kaufmann, der sein Geschäft aufgegeben, wünscht die Führung, Abschaffung d. Handlungsbücher u. streng. Discretion z. übern. Ubr. w. u. 8162 i. d. Exp. d. Ztg. erb.

Mäglerin, Landwirthin, u. Stubenmädel. f. Kindertrauen f. Danzig u. außerhalb empf. J. Dan, Heil. Geistgasse 27.

J. Dan, Heil. Geistgasse 27.

**Heirathspartien** vermitt. d. anonym. Verm. Inst. „Amor“ f. Damen u. Herrn. streng bis. Vorl. Ad. G. P.

1865 postl. Berlin P. sta. 30. 3. Aut. Brsm. erh.